



dbb
beamtenbund
und tarifunion

dbb Jahrestagung

Köln, 9. Januar 2023

Raus aus dem Krisenmodus

Ulrich Silberbach

Bundvorsitzender

+++ Sperrfrist Montag, 9. Januar 2023, 10.00 Uhr +++

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Bundesinnenministerin Faeser,
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

ich freue mich, Sie und Euch endlich wieder hier bei der dbb Jahrestagung in Köln begrüßen zu können – die persönlichen Begegnungen haben wir in den letzten Jahren doch alle schmerzlich vermisst. Ich wünsche Ihnen und Euch von Herzen alles Gute und viel Gesundheit im neuen Jahr – und viel Kraft für die Herausforderungen, die ganz zweifellos vor uns allen liegen.

Noch während wir dachten, die Corona-Pandemie sei die Mutter aller Stresstests im Hier und Jetzt, hat sich das Gesicht der Welt erneut dramatisch verändert. Es ist Krieg in Europa. Der abscheuliche Überfall Russlands auf die Ukraine und der damit verbundene Angriff auf alle Werte der gesamten freien Welt beeinflussen nicht nur die internationale geopolitische Lage, sondern unser aller Leben und Arbeiten, jeden Tag.

Wir sind tief bewegt angesichts der Millionen Opfer und Schicksale, die dieser verheerende Krieg Putins auf allen Seiten zeitigt. Und ich bin stolz darauf, wie unerschütterlich unser Land in vielerlei Hinsicht weiter an der Seite der tapferen Ukrainerinnen und Ukrainer steht.

Ich bin stolz darauf, wie Millionen Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst hierzulande Tag für Tag alles dafür geben, dass die Geflüchteten sicher an- und gut unterkommen – insbesondere die traumatisierten Kinder, denen man hier mit Betreuung in den Kitas und Unterricht in den Schulen zumindest einen Hauch von Normalität und Geborgenheit zu geben versucht in all diesem Wahnsinn, vor dem sie bei uns Zuflucht suchen.

Ich bin stolz darauf, dass die Millionen Kolleginnen und Kollegen, – natürlich! Und trotz der Welle an Krisen, der sie sich entgegenstemmen! – auch weiterhin Tag für Tag und Nacht für Nacht alles dafür tun, damit dieses Land funktioniert. Damit Menschen und Unternehmen trotz mittlerweile eklatanter und flächendeckender Infrastruktur- und Personalmängel in der Daseinsvorsorge weiterhin einen halbwegs verlässlichen Staat an ihrer Seite haben und über die Runden kommen.

Damit von der Politik beschlossene Hilfspakete und Unterstützungsleistungen dort landen, wo sie hingehören – und seien sie handwerklich auch noch so schlecht und ohne jede Rückkopplung mit jenen gemacht, die Ahnung von der Materie haben und sie umsetzen müssen.

Staat, sehr geehrte Frau Bundesinnenministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir. Und machen wir. Im Moment bis zum Umfallen und – nach immerhin drei Jahren Pandemie-Krisenmanagement – auch darüber hinaus. Die Wertschätzung des Bundeskanzlers hierfür bei unserem Gewerkschaftstag im November in Berlin tat gut. Aber das reicht in Zeiten wie diesen nicht mehr.

Die Zeitenwende, sehr geehrte Damen und Herren, ist Realität. Nicht nur das Wort des Jahres 2022. Und deswegen brauchen wir jetzt bitte, bitte, bitte keinen einzigen weiteren „Gipfel“ mehr, nicht noch einen Sonderbeauftragten! Sondern Action. Diese „Führung“, die bestellt wurde, die ist jetzt wirklich elementar gefragt! Wir brauchen ein Bündel konzertierter Maßnahmen als Antworten auf die realen Herausforderungen, vor denen der Staat und damit in erster Linie der öffentliche Dienst steht.

Um direkt deutlich zu werden und dieses Thema aus aktuellem Anlass vor die Klammer zu ziehen: Ja. Menschen im öffentlichen Dienst, die nicht mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Verfassung stehen, sind ohne jeden Zweifel eine Herausforderung für den Staat. Nein. Wegen einzelner krimineller Extremisten darf nicht der gesamte öffentliche Dienst unter Generalverdacht gestellt werden!

Wir betonen seit langem, dass wir diesen wenigen Irrläufern gegenüber konsequent klare Kante zeigen und effektivere Verfahren entwickeln müssen, um sie schnell loszuwerden. Denn sie beschädigen das Vertrauen der Menschen in die öffentlichen und demokratischen Institutionen. Vor allem aber diskreditieren sie die Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die tagtäglich rechtschaffen und verlässlich ihren Job machen.

Ihr Haus, sehr geehrte Frau Faeser, hatte uns den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung unter den

Weihnachtsbaum gelegt – versehen mit der Schleife einer wieder mal atemberaubend kurzen Entgegnungsfrist. Aber der öffentliche Dienst kann schnell und gut, zu jeder Tages- und Nachtzeit. Unsere Stellungnahme zum Entwurf liegt Ihnen vor, zudem hatten wir unsere Erwartungen im Rahmen unseres dbb Forum Öffentlicher Dienst Anfang November bereits klar formuliert. Wir halten fest: Ja, Disziplinarverfahren zu verkürzen, ist der richtige Ansatz. Aber gibt es einen Unterschied zwischen einem Verfassungsfeind in der Bundesverwaltung und einem in der Landes- oder Kommunalverwaltung? Nein. Deswegen fordern wir gerade in dieser für unsere Demokratie zentralen Angelegenheit, in der der Rechtsstaat mit einer Stimme sprechen muss, um keinerlei Missverständnisse aufkommen zu lassen, bundeseinheitliche Verfahren.

Auf genau dieser Ebene muss zugleich verfahrensrechtlich sichergestellt werden, dass Beamtinnen und Beamte nicht nach freiem Ermessen politischer Gremien oder gar willkürlich aus ihrem Amt entfernt werden können. Denn damit entfielen die Grundlage für ihre Unabhängigkeit und unbedingte Objektivität – einer der Grundpfeiler unseres Rechtsstaats. Und die Prinzipien dieses Rechtsstaats, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren, die gelten immer noch für alle. Wer unseren Staat und seine demokratische Ordnung ablehnt, muss so schnell wie möglich aus dem Dienst entfernt werden. Aber eben nicht ohne rechtsstaatliche Verfahren. Geschwindigkeit darf nie eine Begründung für den Abbau von Rechtsstaatlichkeit oder Schutzrechten sein. Erst recht nicht, wenn man diese wie durch den vorgelegten Entwurf nicht erreicht.

Und – ein kleiner Wink mit dem Zaunpfahl: Die gewünschte Verfahrensbeschleunigung darf gerne auch durch eine bessere Ausstattung der Ermittlungsbehörden und Gerichte flankiert werden. Und an dieser Stelle schon mal vorab zum Thema Alimentation ein Wink mit dem ganzen Zaun: Wer von seinen Beamtinnen und Beamten Verfassungstreue erwartet, sollte sich selbst verfassungskonform verhalten.

Liebe Frau Faeser, wir haben uns im vergangenen Sommer gemeinsam in Berlin mit Beschäftigten des Ordnungsamts ausgetauscht und gehört, wie oft sie ausbaden müssen, was politisch verantwortet, versäumt wird. Wie sie von links und rechts

bepöbelt werden, Gewalt erleben. Natürlich wissen die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst, insbesondere die Beamtinnen und Beamten in den Eingriffsbehörden, worauf sie sich einlassen, wenn sie den Beruf ergreifen. Natürlich muss von ihnen erwartet werden, dass sie sich trotz komplexer Herausforderungen nicht für einfache Antworten entscheiden. Dass sie ihre persönlichen Erfahrungen nicht zum Vorwand für Rassismus oder Extremismus machen. Wer das tut, hat im Staatsdienst nichts zu suchen.

Aber das, was wir aktuell wieder in der Silvesternacht erleben mussten, zeigt die ganze Misere auf. Während wir uns die Köpfe heiß diskutieren, wie wir die wenigen Einzelfälle aussortieren, werden unsere Kolleginnen und Kollegen Opfer stetig zunehmender, immer brutaler werdender Gewaltexzesse und vermissen hier zumindest den gleichen Lösungs- und Umsetzungseifer. Hier helfen nicht nur Worte – und ja, Frau Ministerin, die haben Sie sehr deutlich gefunden.

Hier bedarf es einer klaren Antwort unseres Rechtsstaates. Und die kann nicht lauten: Personalien aufgenommen und „Tschüss“. Strafverfolgung findet nämlich wegen einer total unterbesetzten Justiz – von den Staatsanwaltschaften über Geschäftsstellenmitarbeitende, Richter bis zu den Justizvollzugskräften – nicht tatsächlich statt. Überlastung und Verfristungen sind alles andere als Rechtsstaatlichkeit. Der Hohn der Straftäter klingt uns allen in den Ohren. Schluss damit! Klare Kante und statt Verhaltens- und Sprachkodex für Polizistinnen und Polizisten, ausreichende Personalausstattung, eine Sachausstattung, die den Erfordernissen entspricht, und Schluss mit der ewigen Diskriminierungskeule. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ja, aber auch die unserer Kolleginnen und Kollegen. Die müssen viel zu oft ihre Gesundheit und manchmal auch ihr Leben lassen. Auch in Berlin-Neukölln erwarten die Bürgerinnen und Bürger – egal welcher Religion, Hautfarbe oder Herkunft – einen starken Staat!

Und mit diesem Appell mache ich die Klammer zu. Denn wir müssen über die weiteren Krisen von Staat und Demokratie reden, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Gäste.

Primetime-Diskussionen über angeblich massenhaft im öffentlichen Dienst beschäftigte Verfassungsfeinde sind nämlich keine Antwort auf

- Kita-Schließungen, Lehrermangel, Unterrichtsausfall und Bildungsmisere!
- Kliniken, Rettungsdienste und Einsatzkräfte in Not!
- Einen Rechtsstaat, der personell und administrativ auf dem letzten Loch pfeift!
- Aufgabenflut und Digitalisierungsstau!
- Monatelange Wartezeiten und technisch mittelalterliche Verwaltung!

Dröhnendes Schweigen von Dienst- und Arbeitgebenden bei Beamten-Bashing und Flachwitzen über lahme Behörden und marode Infrastruktur ist

- keine Antwort auf Genehmigungsverzögerungen!
- Keine Antwort auf kaputte Brücken, Straßen und Streckensperrungen!
- Keine Antwort auf eine Bahn und eine Post, wo nur noch Verlass auf Ausfälle, Verspätungen und regelmäßige Preis- und Portoerhöhungen ist!
- Keine Antwort auf Versprechen, die nicht gehalten werden!
- Keine Antwort auf eine Erosion des Vertrauens in den Staat und seine demokratischen Institutionen!

Sehr geehrte Frau Bundesinnenministerin, sehr geehrte Medienmenschen, ich mag Ihnen ein wenig schrill erscheinen. Aber ganz ehrlich: Das Maß ist voll. Ende der Fahnenstange. Wir müssen raus aus dem Krisenmodus! Jetzt!

Soll ich Ihnen sagen, wer in diesem Land die wichtigsten Demokratie-Förderer und Extremismus-Bekämpfer sind? Fünf Millionen Menschen, die im Dienst dieses Staates, im Dienst der Bürgerinnen und Bürger stehen. In Kitas und Schulen. Bei der Polizei und bei den Rettungskräften. In der Justiz. In den Finanz- und Sicherheitsbehörden, in Kliniken und Verwaltungen, in der Sozialen Arbeit. Im Straßenverkehrsdienst, bei Bahn, Post und Telekom, bei Ver- und Entsorgern.

Wenn die Politik endlich einmal die Zeichen der Zeit erkennt und wieder in diesen öffentlichen Dienst, in die Menschen, die dort arbeiten, und in die Strukturen, die

die Funktionsfähigkeit und Daseinsvorsorge sicherstellen, investiert, dann, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann ist das effektiver als jedes Demokratiefördergesetz. Wenn die Menschen spüren, dass ihr Staat funktioniert, dass er an ihrer Seite ist, dass er nachhaltig und vorausschauend, generationen-, klima- und vielfaltsgerecht handelt – dann gibt es deutlich weniger Gründe als heute, einen Groll gegen diesen Staat zu hegen. Oder ihm und seinen Repräsentanten gar feindlich gesinnt gegenüber zu stehen.

Ich sage das an die Adresse aller Dienst- und Arbeitgebenden in Bund, Ländern und Kommunen, die in aller Regel in Personalunion mit einem politischen Mandat Verantwortung tragen: Die größte Gefahr für die Demokratie, für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens und auch für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand ist ein kaputt gesparter, nicht funktionsfähiger öffentlicher Dienst!

Die Menschen sind die Augenwischerei leid. Die Schimären, die ihnen mit einem „Gute-Kita-Gesetz“ oder einer „Digitalstrategie“ vorgegaukelt werden, diese Comic-Sprache von „WUMMS“ und „DOPPELWUMMS“, die wohlklingenden „Rettungsschirme“. Es ist großartig, dass wir uns all das leisten können auch leisten. Aber damit ist es doch nicht getan! Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht weichgespült, sondern einfach gut regiert, die Beschäftigten professionell geführt werden. Und dazu gehören unabdingbar eine funktionierende Daseinsvorsorge und ein zeitgemäß ausgestatteter und gestalteter öffentlicher Dienst.

Darauf muss sich Politik jetzt konzentrieren, es ist ihre Verantwortung, anstatt dauernd zu fragen, ob in den Köpfen der Bürger und Staatsbediensteten wohl noch die richtigen Einstellungen und Werte stecken.

Versprechen Sie doch nichts, was Sie nicht halten können – Beispiel Ganztagsanspruch! Von der Politik beschlossen – aber wer soll ihn umsetzen? Machen Sie sich ehrlich gegenüber den Menschen – wer A sagt, muss B klar benennen: Wenn wir den Personalmangel im öffentlichen Dienst nicht stoppen, den peinlichen Digitalisierungstau nicht auflösen, dann gibt es weniger Daseinsvorsorge. Fertig, aus!

Kürzere Kita-Öffnungszeiten, Unterrichtsausfall, keine Ganztagsbetreuung, keine Integration, keine Inklusion, immer seltener ansprechbare Behörden, auch in existenzrelevanten Leistungsämtern, Sicherheits- und Versorgungslücken – Stichwort Rettungsdienst, schleppende Verwaltungs- und Rechtsprechungsverfahren, Pflegemängel, Infrastrukturdefizite, kein Migrationsmanagement, Klima- und Katastrophenschutz – Fehlanzeige, Wohlstandsgefälle, soziale Spaltung ...

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Frau Ministerin, ich sage Ihnen eins: Soviel Krisenresilienz, wie man den Bürgerinnen und Bürgern und übrigens auch den Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Anbetracht solcher Aussichten abverlangt, haben nicht mal Superhelden.

Uns allen ist klar, dass wir es derzeit mit einer zeitlich besonders dichten Abfolge von schweren Krisen zu tun haben. Und es sieht so aus, als würde es mit der Unruhe vorerst auch nicht aufhören. Aber es hilft doch nichts, sich jetzt in Glasperlenspiele oder Gesinnungs-Klein-Klein zu flüchten. Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst sagen ja auch nicht „Och, nee, eine Krise pro Tag reicht mir, ich gehe jetzt wieder nach Hause“.

Um das Land, die Wirtschaft und vor allem das Vertrauen in die staatlichen Institutionen zu stabilisieren, brauchen wir jetzt endlich eine Kehrtwende der Politik in der Personal- und Finanzausstattung des öffentlichen Dienstes.

Fünf Meilensteine müssen wir aus unserer Sicht auf dem Weg zum öffentlichen Dienst der Zukunft, zu einer zukunftsfesten Daseinsvorsorge umgehend erreichen:

Meilenstein #1

Raus aus dem Krisenmodus – mit Aufbruch, Tatendrang und Tatkraft

Es ist tatsächlich so, dass in diesem Lande gerade unglaublich viel nicht mehr richtig funktioniert. Aber das ist nicht das Ende und kein Grund, fatalistisch zu werden und die Latte immer niedriger zu hängen. Deutschland kann was! Unser öffentlicher Dienst zählt seit jeher zu den besten in der ganzen Welt – insbesondere, weil es die

Menschen, die dort arbeiten, ganz genau nehmen mit Einigkeit und Recht und Freiheit. Sie tragen und leben diese Werte in ihrem täglichen Tun durch alle Gezeiten, auch durch die Zeitenwende. Und diesen Spirit, dieses Ärmelhochkrepeln, egal, was da noch auf uns zu oder wer durch die Tür kommt, diese Haltung will ich bei allen Beteiligten aus der Politik sehen! Keine Ausflüchte mehr, keine Bermuda-Dreiecke, in denen Ressorts oder Gebietskörperschaften ihre Verantwortung folgenlos verklappen können. „Geht nicht“ gibt's nicht mehr, wir sorgen jetzt dafür, dass es geht!

Das, liebe Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss in Zukunft die Geschichte sein, die der öffentliche Dienst in Deutschland wieder schreibt: Staat? Machen wir! Und zwar richtig gut!

Meilenstein #2

Raus aus dem Krisenmodus – mit mehr Personal

Guter Staat, funktionierende Daseinsvorsorge – das steht und fällt mit den Menschen, die sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Und das sind zu wenige – Stand heute fehlen uns im öffentlichen Dienst mehr als 360.000 Fachkräfte, insbesondere in den Bereichen, wo Menschen persönliche Begleitung, auch für die Lösung sozialer Probleme, benötigen. Und damit nicht genug: Absolut gab es seit 2013 nie mehr Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die 55 Jahre oder älter sind, das sind jetzt mehr als 1,3 Millionen.

Diese Kolleginnen und Kollegen werden in den kommenden Jahren kohortenweise in den Ruhestand gehen. Mit ihnen verschwindet ein unwiederbringlicher Fundus an Know-how und Erfahrung. Zwar zeigt die Statistik auch erste Erfolge der Bemühungen, vermehrt Nachwuchs und Verstärkung für den Staatsdienst zu gewinnen. Von einer Trendwende sind wir aber noch weit entfernt, vielmehr stagniert die Altersstruktur gerade auf einem äußerst problematischen Niveau. Da müssen wir massiv ran, da ist die Politik in der Verantwortung, wenn die Daseinsvorsorge auf dem Peak der Babyboomer-Pensionierungen nicht in einem großen schwarzen Loch verschwinden soll, sehr geehrte Damen und Herren.

Und nun haben wir zwei Möglichkeiten: Entweder, die politisch Verantwortlichen streichen die Aufgaben der Daseinsvorsorge dramatisch zusammen. Aber Sie erinnern sich: Weil wir alle nicht „Iron Man“ oder „Captain Marvel“ sind, ist das keine Option – der Laden würde uns um die Ohren fliegen.

Deswegen sollte sich die Politik auf Option 2 konzentrieren: Mehr Personal für den öffentlichen Dienst! Dass uns eine gelingende Digitalisierung perspektivisch hoffentlich mehr personellen Spielraum geben wird – geschenkt. Über diese Brücke gehe ich nach all den irritierenden Erfahrungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im Übrigen auch noch nicht.

Ohnehin liegen die Personaldefizite eindeutig im Bereich der persönlichen Begleitung, und hier steht auf beiden Seiten der Mensch im Mittelpunkt. Deswegen: Lassen Sie uns mehr Menschen in den öffentlichen Dienst holen! Sie für die Arbeit im Auftrag des Gemeinwohls begeistern! Das gelingt uns, wenn der Arbeitgeber Staat als eine starke Marke mit einer Stimme spricht und – wie gesagt – wir das herausstellen, was den öffentlichen Dienst aus Arbeitnehmersicht einzigartig macht: Sinn und Selbstwirksamkeit sind im Staatsdienst kein hohles Leitbild, sondern Tagesordnung. Köder wie Kickertische, Haustiere im Büro oder das Sonnengebet mit dem Abteilungsleiter mögen *fancy* sein. Aber bei uns wird eben überall das richtig große Rad gedreht – und das ganze Land sieht dabei zu. Das ist der Sound, den die guten Talente heutzutage hören wollen. Und nur mit ihnen kommen wir raus aus dem Krisenmodus – und mit

Meilenstein #3

Attraktive Beschäftigungsbedingungen

Attraktive Beschäftigungsbedingungen sind nichts anderes als der vielfache Ausdruck einer einzigen Haltung: Wertschätzung. Vielen ist der Begriff zu weich, zu unscharf, zu wenig fordernd. Aber eigentlich sagt dieses eine Wort alles: Ich schätze und achte den Wert, den Du darstellst, den Du mit Deinem Tun erschaffst. Meine Wertschätzung Dir gegenüber findet Ausdruck in ganz konkreten Entsprechungen. Ich übersetze das mal für den Arbeitgeber Staat:

- Ich sehe Dich und erkenne Deine Leistungen an.
- Ich beurteile Deine Leistungen geschlechter- und generationengerecht.
- Ich zahle ein leistungsgerechtes Entgelt für Deine Arbeit, eine amtsangemessene Alimentation für Deinen Dienst. Und weil Deine Leistung nicht abhängig von Deinem Einsatzort ist, zahle ich Dir überall das Gleiche. Setze ich Dich an Orten ein, an denen die Lebenshaltungskosten besonders hoch sind, bekommst Du dafür einen angemessenen Ausgleich von mir.
- Ich Sorge dafür, dass Du die optimalen logistischen und technischen Arbeitsbedingungen hast, um Dein Bestes geben und Deine Arbeit auch gut mit Deinen privaten Bedürfnissen vereinbaren zu können.
- Ich Sorge dafür, dass für alle Aufgaben, die zu erledigen sind, ausreichend Personal da ist.
- Ich Sorge dafür, dass Du jederzeit dazulernen kannst, um in Deinem Tun noch besser zu werden.
- Ich schaffe Perspektiven für Dich.
- Ich Sorge dafür, dass Deine Arbeit Dich nicht krankmacht.
- Ich stehe vorbehaltlos zu den besonderen Grundsätzen Deines Beschäftigungsverhältnisses und verteidige sie aktiv gegenüber Kritikern. Das ist gilt auch und aktuell gerade mal wieder für die Beamtenversorgung.
- Ich stelle mich schützend vor Dich, wenn Du angegriffen wirst.
- Ich bin offen für alle, die für mich arbeiten möchten, und zutiefst überzeugt von den Vorteilen von Diversität, weil die Arbeitsergebnisse von vielfältigen Teams einfach besser sind.
- Ich vertraue Deiner Expertise und beziehe Dich und Dein Können aktiv, regelmäßig und dauerhaft in die Gestaltung und Umsetzung politischer Vorgaben und unserer Arbeitsprozesse ein.
- Ich gewährleiste eine moderne Mitbestimmung für Dich und Deine Kolleginnen und Kollegen.
- Ich halte meine Versprechen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren – eigentlich alles im Rahmen, oder? Nichts Vermessenes, kein Schokoladenspringbrunnen, den ich da für die Teeküche fordere.

Aber als Beschäftigter im öffentlichen Dienst muss man sich im 21. Jahrhundert immer noch allzu oft fragen, ob man da nicht doch in so eine Art neuzeitliche Leibeigenschaft hineingeraten ist: Starre Prozesse und Hierarchien, verstaubtes „Immer so“, vieles an Gerät, Material oder Ausrüstung darf auch gerne von zu Hause mitgebracht oder käuflich erworben werden – und wehe, man fragt mal nach der Rücknahme dieser Arbeitszeitverlängerung von vor 16 Jahren. Nach der Ruhegehaltfähigkeit einer Zulage. Oder gar nach einer Gehaltserhöhung: „Jetzt nicht!“ „Unverhältnismäßig!“ „Unrealisierbar!“

Besoldung und Versorgung? Sind nicht verfassungsgemäß. Die Kolleginnen und Kollegen mussten sich bis nach Karlsruhe klagen, um ihren Dienstgebenden klar zu machen, dass sie sie anständig zu bezahlen haben. Wie unwürdig ist das eigentlich?! Und jetzt hängt die Umsetzung der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung aus 2020 von der Kassenlage ab und wenn denn endlich gezahlt wird, müssen sich unsere Kolleginnen und Kollegen noch verunglimpfen lassen. Da können einem schon mal – um es vornehm auszudrücken - die Gesichtszüge entgleisen.

Digitalisierung? Bitte gehen Sie weiter mit Ihren Papierakten unterm Arm, es gibt hier nichts zu sehen, in diesem maroden Dienstgebäude!

Demografischer Wandel? Fachkräftemangel? Politik entwickelt Strategien mit der Privatwirtschaft – für ihre eigenen Behörden hat sie keine.

Das, liebe Leute, ist das Gegenteil von Wertschätzung und attraktiven Arbeitsbedingungen. Der Arbeitgeber Staat der Zukunft ist agil, vielfältig und digital, er ist smart, mobil, und vor allem ist er fair und verhält sich anständig und rechtmäßig gegenüber den Menschen, die sich in seinen Dienst stellen!

Meilenstein #4

Raus aus dem Krisenmodus – mit Digitalisierung

„Raus aus dem Krisenmodus – mit Digitalisierung“ – das ist eine Plattitüde, oder? Und ist die Digitalisierung jetzt die Lösung? Oder das Problem? Oder beides? Aber wir können diesen Meilenstein ja schlecht streichen, sehr geehrte Damen und

Herren, liebe Frau Ministerin. Also sehen wir jetzt bitte einfach mal zu, dass wir endlich, endlich Strecke machen und so schnell wie möglich erfolgreich an ihm vorbeimarschieren! Unsererseits ist hierzu alles gesagt: Wenn der Staat das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger nicht hoffnungslos verspielen, die Beschäftigten bei der Stange halten und neue Arbeitskräfte gewinnen will, muss er schleunigst digital abliefern. Alle sollten nach dem krachenden Scheitern des OZG verstanden haben, was wir und im Übrigen auch der Normenkontrollrat seit Jahren predigen: Digitalisierung braucht zentrale Steuerung. Die Lösung ist am langen Ende ein zentrales, zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmtes - auch rechtlich - Gesamtpaket für alle Verwaltungsleistungen die digitalisiert werden können, beginnend jeweils ab einem Stichtag, davor alte Welt; finanziert durch Bund und Länder.

Legen Sie endlich los! Land, Leute und Wirtschaft warten. Und diese Warterei kostet Nerven, Vertrauen und viel Geld.

Sie merken schon: Mir fehlt mittlerweile jede Euphorie bei diesem leidigen Thema, an das die viertgrößte Volkswirtschaft auf diesem Planeten einfach keinen Haken kriegt. In Anbetracht der Tatsache, dass die Bundesregierung ihren jüngsten Digitalgipfel einmal mehr ohne die Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes abgehalten hat, darf allerdings bezweifelt werden, dass sich daran absehbar etwas ändert. Wir können eben leider nur helfen, wenn man uns auch lässt, liebe Frau Ministerin. Und so bleiben wir ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger gespannt, wie es mit den Online-Dienstleistungen weitergeht, und stellen fürs gute Gelingen jeden Abend ein Lichtlein in unsere Fenster.

Spaß beiseite.

Meilenstein #5

Raus aus dem Krisenmodus – kommen Sie nur mit uns!

Niemand ist gerne die Cassandra. Schon gar nicht in einer Dauerschleife. Aber was meinen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ist der Lehrkräfte- und Erzieher- und Erzieherinnen-Mangel vom Himmel gefallen? Wundert sich hier irgendjemand, dass

Mitarbeitende von Wohngeld-Ämtern dieser Tage verzweifeln, weil sie dem x-ten fassungslosen Geringverdiener erklären müssen, dass es von der Wohngeld-Beantragung bis zur Entscheidung Monate dauern kann? Dass sich die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern der Republik die Karten legen, wie und wann sie zusätzlich zu Tagesgeschäft, Betriebsprüfungen, Steuerfahndung und Grundsteuererklärungen nun auch noch die Versteuerung der Gaspreisprämien für Besserverdienende berechnen sollen? Mit ihrer IT haben sie darüber noch gar nicht gesprochen, die hat sich nämlich schon längst mit Burnout im Keller verbarrikadiert. Ich überzeichne das jetzt ein wenig. Aber Sie sehen: Die Hütte brennt an allen Ecken. Mit Ansage. Wir warnen und warnen und warnen seit Jahren. Und mahnen und mahnen und mahnen: Redet mit uns. Lasst uns die Probleme zusammen lösen, die Sachen gemeinsam auf den Weg bringen.

All das verhält bislang weitgehend ungehört. Das kann man so machen. Aber dann is es halt ... schlecht.

Denn wie ich eingangs schon skizzierte: Deutschland ist im Dauerstresstest. Die Krise ist absehbar fester Bestandteil der politischen und gesellschaftlichen Normalität. Der Klimawandel mit Hitze, Dürre, Wasserknappheit, Unwettern, Überschwemmungen und Ernteaussfällen ist schon da. Im Anmarsch sind möglicherweise Terroranschläge mit Biowaffen, Cyberattacken, Massenmigration oder eine neue Finanzkrise. Ein leistungsfähiger und krisenfester Staat wird da zum zentralen Stabilitätsanker, zum Gelingens- und Wettbewerbsfaktor. Deswegen sind es insbesondere Investitionen in den öffentlichen Dienst, in eine funktions- und leistungsfähige Daseinsvorsorge, die uns eine hohe soziale, wirtschaftliche und politische Rendite garantieren werden. Und deswegen, liebe Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir uns gemeinsam stark machen für diese Herausforderungen. Das Strickmuster „Chaos und Vielfalt“ wird uns nicht durch diese Krisen bringen und sicher in die Zukunft tragen. Wir brauchen Einheit in Vielfalt. Eine Balance aus zentraler Zuständigkeit und Autonomie, aus Beteiligung und Entscheidung. Und wir brauchen Augenhöhe. Wertschätzung für die Menschen im öffentlichen Dienst, die Staat machen. Heute und in Zukunft.

Liebe Frau Faeser, ich habe unseren hoffentlich gemeinsamen Weg raus aus dem Krisenmodus aufgezeigt. Nun freuen wir uns auf Ihre Roadmap und die anschließende Diskussion: Sie haben das Wort!